

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

19.11.1931 (No. 270)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpeditio:

Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich

für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Kneub  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährig 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Baden, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Krieg in der Mandschurei

**Chiatschi und Agantschi von den Japanern besetzt**  
Die Japaner haben am Mittwoch die Offensive gegen die Truppen des chinesischen Generals Matschangshen ergriffen und die Städte Chiatschi und Agantschi besetzt. Sie begründen ihre Aktion damit, daß sie einem chinesischen Angriff hätten zuvorkommen müssen. Der Völkerbundsrat hielt am Dienstag und Mittwoch in Paris nichtöffentliche Sitzungen ab und trat am heutigen Donnerstag aufs neue zusammen. Gestern gaben die japanischen und die chinesischen Vertreter Erklärungen ab. Japan treibt offensichtlich eine Verzögerungstaktik. Es beantragte Vertagung etwaiger Beschlüsse des Völkerbundsrats, bis eine Kommission die Lage in der Mandschurei untersucht habe.

#### Die Schlacht bei Chiatschi

W.D. London, 19. Nov. (Tel.) Der „Times“-Korrespondent in Tokio meldet: Nach Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums hatten die Chinesen am Dienstagmorgen eine großangelegte Offensive vorbereitet. Der gestrige japanische Angriff sei somit nur eine Verteidigung darauf gewesen. Der Korrespondent fügt hinzu, General Bonshu habe zwar beabsichtigt, keine Offensive zu unternehmen, aber die chinesischen Angriffe am Dienstag hätten ihm Gelegenheit gegeben, zu zeigen, daß der Angriff die beste Verteidigung sei. Mit der Auflösung der Streitkräfte des Generals Ma und der Besetzung von Chiatschi sei die letzte organisierte Autorität in der Mandschurei, die Tschangsheliang gegenüber loyal geblieben sei, verschwunden.

Aber die Lage in der Mandschurei berichtet der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ in Harbin: Die Japaner griffen um 5 Uhr früh mit 5000 Mann aller Waffengattungen (Infanterie, Kavallerie, Tanks, schweren Bombenflugzeugen und Panzerzügen) an und durchbrachen die Front der Chinesen, die bei dem Rückzug ernstlichen Widerstand leisteten. Ein Gegenangriff vor Agantschi verzögerte das japanische Vordringen. Der Kampf ist jetzt zugeworfen; Chinesen wie Japaner leiden schwer unter der Kälte.

Neuer meldet aus Nudun: Auch nach Sonnenaufgang eröffnete die japanische Artillerie das Feuer. Die Japaner standen einer fünffachen Übermacht gegenüber, waren aber in der Feldartillerie und der Luftwaffe überlegen, während die Chinesen über den Vorteil starker Kavalleriemassen verfügten.

W.D. Tokio, 19. Nov. (Neuter-Tel.) In den letzten Gefechten zwischen Chinesen und Japanern sollen sich die Verluste der Japaner auf 300 Tote und Verwundete belaufen, die der Chinesen auf fast 4000. Matschangshens beste Truppen sollen der Vernichtung entgangen sein, weil sie sofort den Rückzug antraten, als sie merkten, daß die Lage kritisch wurde. In der Nordmandschurie soll jetzt Ruhe herrschen.

#### Geringe Möglichkeit einer Lösung

W.D. Paris, 19. Nov. (Tel.) Der englische Delegierte auf der Tagung des Völkerbundsrates, Sir John Simon, und der japanische Delegierte Matsubara haben Mittwochabend mit General Danes verhandelt. „Journal“ will erfahren haben, daß sich bei diesen Verhandlungen die Möglichkeit einer Lösung des japanischen Konfliktes abgezeichnet habe. Die Engländer und die Amerikaner hätten sie günstig aufgenommen, und sie sei spät abends Briand zur Kenntnis gebracht worden. Japan würde zwar seine Forderung auf Verstärkung seiner sämtlichen Verträge mit China aufrechterhalten, sich jedoch zur Entsendung einer Beobachterkommission nach der Mandschurei bereit erklären.

„Echo de Paris“ äußert sich in ähnlichem Sinne und erklärt, daß der Vorschlag, eine Kommission zu entsenden, von dem japanischen Delegierten ausging. Dagegen müßten sich die Chinesen zu direkten Verhandlungen mit Tokio verpflichten. Auf diese Weise würde der Völkerbundsrat eine peinliche Session zum Abschluß bringen können. Falls diese Kompromißlösung in Erwägung gezogen worden sein sollte, so dürfte ihre Möglichkeit, wie weiter berichtet wird, doch bereits als hinfällig angesehen werden, nachdem die Chinesen noch gestern erklärt haben, daß sie zu direkten Verhandlungen unter dem Druck der japanischen Besetzung in der Mandschurei auf keinen Fall bereit seien.

#### Eine Streitfrage

##### an der pfälzisch-elsässischen Grenze

Die nördlichste Stadt des Elsaß, Weisenburg, ist durch die neue Grenzziehung in eigenartige Schwierigkeiten geraten, die jetzt durch ein französisches Gesetz behoben werden sollen. Sie ist Besitzerin des sogenannten Wundatwaldes in der Pfalz, jenseits der neuen deutsch-französischen Grenze und seit Jahren bedrängt wegen der hohen Abgaben und Kosten, die ihr dieser Besitz auferlegt.

Da eine Einigung mit der bayerischen Regierung bisher nicht zustande kam, ist die Stadtverwaltung seit langem bemüht, in Paris zu erreichen, daß der französische Staat die Rechte und Pflichten aus diesem Waldbesitz übernimmt und Weisenburg durch entsprechende Entschädigung aus staatlichem Waldbesitz zufriedensetzt. Ein jetzt der französischen Kammer vorgelegter Gesetzentwurf, der zunächst dem Ausschuss für elsässisch-lothringische Fragen zur Begutachtung zugegangen ist, will diesen Austausch bewirken. Die französische Regierung soll zugleich ermächtigt werden, den auf Pfälzer Boden liegenden Waldbesitz zu veräußern. Wegen der bevorstehenden Kammerwahlen dürfte die Annahme des Gesetzes sicher sein; der Kreis Weisenburg ist nämlich in der Kammer durch einen autonomistensfeindlichen Abgeordneten vertreten, dessen Wiederwahl stark bedroht ist.

### Letzte Nachrichten

#### Die deutsch-französischen Schuldenverhandlungen

##### Noch kein Abschluss

M. Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Zu den deutsch-französischen Verhandlungen in Paris erfahren wir, daß der deutsche Antrag bei der WZ auf Einberufung des Sonderausschusses bisher noch nicht gestellt worden ist. Es ist auch noch nicht zu ersehen, wenn ein solcher Antrag erfolgen wird; vielleicht noch in dieser Woche. Es scheint aber, als ob die Voraussetzung, eine Formulierung zu finden, in Paris noch vorhanden ist.

#### Neue Sachlieferungen?

M. Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Ein Berliner Blatt meldet, daß Frankreich für 81 Millionen Reichsmark neue Sachlieferungen bei uns bestellen werde. Es handelt sich aber nicht um einen Vorgang, der so einfach liegt, vielmehr hatte Frankreich auf ein Konto bei der WZ noch eine Sachlieferungsbestellung in Höhe von 81 Millionen Reichsmark. Davon ist ein Teil ausgeführt worden. Ein anderer Teil konnte nicht ausgeführt werden, weil deutscherseits die Mittel zur Finanzierung fehlten. Es ist auch nicht verständlich, wie man die Finanzierung einer solch großen Sachlieferung jetzt durchführen könnte. Es kann sich also nur um alte Bestellungen, nicht um neue handeln.

#### Aus dem Reichstag

##### Zentrumsvorstand und Ausschüsse

W.D. Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Im Reichstag trat am Donnerstagvormittag der Vorstand der Zentrumsfraktion unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kerstins zu einer Sitzung zusammen, die der Besprechung der politischen Lage gewidmet war. Reichstagskammer Brünning nimmt an der Sitzung teil.

Um 11 Uhr begannen die Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages, der in den nächsten Wochen gewissermaßen die Beratungen des Reichstagsplenums ersetzt, die in normalen Zeiten im allgemeinen im November und Dezember stattfinden. Die Tagesordnung des Ausschusses ist sehr umfangreich. Nach Erledigung mehr formaler Angelegenheiten wird der Ausschuss als erste größere Frage die Anträge zur Pensionierung behandeln. Hierzu liegen dem Ausschuss der vor etwa einem Jahr eingebrachte Gesetzentwurf der Regierung und acht Anträge und Gesetzentwürfe der Parteien vor. Das Hauptinteresse bei den Beratungen dürfte der Frage einer Höchstpension zukommen. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderung einer Höchstgrenze von 12000 RM wiederholt, der sich auch die Bayerische Volkspartei und andere Parteien anschließen. Die Beratungen, bei denen als Berichterstatter der sozialdemokratische Abg. Hoffmann wirkt, werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Der Ausschuss stimmt heute einer Entschließung Keil (Soz.) zu, nach Rücksprache des Vorsitzenden mit der Regierung die Frage für verbilligte Kohle usw. in der nächsten Woche zu behandeln. Mit großer Mehrheit wurde auch ein Antrag Greiner (D.Vp.) zugestimmt, wonach der Vorsitzende mit der Reichsregierung einen Zeitpunkt zur Erörterung der finanzpolitischen Lage festsetzen soll.

Heute nachmittag treten ferner der Wohnungs- und der Verkehrs-ausschuss des Reichstages zusammen. Der Wohnungsausschuss beschäftigt sich mit den Anträgen über ein Wohnheimgesetz, der Verkehrsausschuss mit der Kraftverkehrsordnung und dem Schender-Vertrag.

#### Neue Gehaltsbesserungen?

M. Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Nach einer Stuttgarter Meldung hat der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger erklärt, es sei eine Neuordnung des Reichspräsidenten Ende des Jahres in Aussicht genommen, durch die eine neue Kürzung der Beamtengehälter um 10 Proz. erfolgen werde. Wie wir dazu an zuständiger Stelle erfahren, ist irgendein Grund für die Ausherrung des württembergischen Finanzministers nicht vorhanden.

#### Metallschiedspruch für verbindlich erklärt

W.D. Berlin, 19. Nov. (Priv.-Tel.) Der Schlichter für Berlin-Brandenburg hat heute den Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie, den der Schlichtungsausschuss kürzlich gefällt hatte, für verbindlich erklärt. Infolgedessen bleiben die bisherigen Löhne der Berliner Metallarbeiter bis zum 13. Dezember d. J. weiter bestehen. Zu diesem Zeitpunkt werden neue Lohnverhandlungen notwendig sein.

#### Die Washingtoner Besprechungen

W.D. London, 19. Nov. (Tel.) Nach einer Times-Meldung aus Washington, ist anscheinend Grandi nicht in der Lage gewesen, bei seiner Konferenz mit Hoover und Stimson irgend etwas zu sagen oder zu unternehmen, was die schwebenden Hoffnungen auf einen Erfolg bei der Abrüstungskonferenz wieder beleben könnte.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 9. November 2 633 924, das sind 27 020 weniger als am Ende der vorhergehenden Woche. Der Hauptgrund dieses Rückganges liegt darin, daß viele Gesuche um Aufnahme in die Arbeitslosenlisten abgelehnt worden sind.

### \*Die Gärung im deutschen Parteiwesen

Schon seit etwa zwei Jahren befindet sich das deutsche Parteiwesen in einem Zustand der Gärung. Zum erstenmal trat diese Tatsache allen sichtbar in Erscheinung, als die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl des 14. September 1930 mit 107 Abgeordneten in das Reichsparlament einzogen, und zwar auf Kosten aller anderen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums.

Seitdem hat die Umschichtung innerhalb der Parteien nicht mehr aufgehört. Gefennzeichnet wird dieser Prozeß durch vier bemerkenswerte Tatsachen. Die eine Tatsache ist das weitere Anwachsen des Nationalsozialismus, ein Anwachsen, das heute bereits auf 80 bis 100 Proz. gegenüber der letzten Reichstagswahl zu beziffern ist. Das zweite Faktum ist die Zertrümmerung der bürgerlichen Parteien, eine Zertrümmerung, die in der letzten Zeit ein derartiges Tempo angenommen hat, daß man bereits von dem Verschwinden einzelner Parteien sprechen kann. Die dritte Tatsache ist das Zurückweichen der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie und die damit verbundene Zunahme des Kommunismus. Allerdings halten sich Abnahme auf der sozialdemokratischen Seite und Zunahme auf der kommunistischen Seite nicht ganz die Waage; es ergibt sich vielmehr eine deutlich wahrnehmbare, wenn auch ziffernmäßig nur geringe Abnahme der Wählerstimmen des Gesamtsozialismus.

Die vierte Tatsache ist die Unerkennbarkeit der Position der Zentrumspartei. Die geringen Verluste wollen hier wenig belegen. Zu einer Zeit durchgreifender Radikalisierung die Position im Kampf gegen die verschiedensten Fronten im wesentlichen behauptet zu haben, das ist schon eine Leistung, die die Zentrumspartei mit Recht stolz sein kann. Erklärt wird sie teilweise ja auch durch die Verjüngung des Reichstags. In Dr. Brüning hat die Zentrumspartei auf den wichtigsten Posten einen Mann stellen können, der allenthalben Achtung und Respekt genießt und persönlich somit die beste Empfehlung für seine Partei ist.

Noch nicht ganz geklärt ist die Frage, inwieweit es dem Nationalsozialismus gelungen ist, Wähler von der Linken zu sich herüberzuziehen. Nachdem schon die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Wahlbetrachtung anlässlich der hessischen Landtagswahlen die ganz allgemein gehaltene Feststellung gemacht hatte, daß „die Nationalsozialisten auch in die Arbeiterschaft eingedrungen“ sei, vertritt jetzt das „Mannheimer Tageblatt“ in einer besonderen Untersuchung die These, daß „die Nationalsozialisten nicht nur die ganzen Stimmen der zertrümmerten bürgerlichen Mitte aufgesaugt, sondern gleichzeitig darüber hinaus auch noch die sozialdemokratischen Wählerstimmen übernommen hätten“. Damit sei „den Nationalsozialisten zum erstenmal ein Angriff auf die sozialdemokratische Hochburg geglückt“.

Um die Richtigkeit seiner Auffassung zu belegen, erinnert das „Mannheimer Tageblatt“ daran, daß die Linke (also Sozialdemokratie und Kommunisten zusammen) drei Abgeordnete verloren habe. Wo solle man diese drei Abgeordneten anders suchen, als auf der Seite der Partei, die die einzige Gewinnerin des ganzen Wahlkampfes sei, also auf Seiten der Nationalsozialisten?

Wir selbst haben uns von vornherein an unsere prozentuelle Berechnungsmethode gehalten. Sie ist die einzig sichere, da sie einen wirklichen Vergleich ermöglicht. Der Vergleich der Wählerziffern ist immer mehr oder minder fragwürdig, da ja die Wahlbeteiligung jedesmal eine andere ist. Nach unserer eigenen prozentuellen Berechnung ergab sich ganz klar die Tatsache, daß der Gesamtsozialismus in Hessen nicht nur gegenüber 1927, sondern auch gegenüber 1930 an Wählern verloren hat. Er ist von 41,1 Proz. im Jahre 1927 auf 40,2 Proz. im Jahre 1930, und von da auf 38,3 Proz. am 15. November zurückgegangen. Da die Wahlbeteiligung am Sonntag besonders groß war, müssen diese verlorengegangenen Stimmen bei einer der anderen Parteien zu finden sein. Und das kann nach Lage der Dinge nur die nationalsozialistische Partei sein, da sie die einzige ist, die große Gewinne bei den Wahlen zu verzeichnen hatte.

Das „Mannheimer Tageblatt“ untersucht in dem gleichen Artikel in recht interessanter Weise die Berufszugehörigkeit der jetzt gewählten Abgeordneten der vier stärksten hessischen Parteien. Das Ergebnis ist folgendes: das Zentrum hat unter seinen 10 Abgeordneten 5 Beamte, 2 Landwirte, 1 Arbeiter, 1 Parteifunktionär und



eine Hausfrau, die Nationalsozialisten haben unter ihren 27 Abgeordneten 6 Beamte, 3 Arbeiter, 6 Landwirte, 6 Kaufleute, 4 Ärzte, Rechtsanwälte und Offiziere und 2 Parteifunktionäre; die Sozialdemokraten haben unter ihren 15 Abgeordneten 8 Beamte, 1 Arbeiter, 1 Handwerker, 1 Kaufmann, 3 Parteifunktionäre und eine Hausfrau und die Kommunisten haben unter ihren 10 Abgeordneten 1 Beamten, 7 Arbeiter, 1 Landwirt und eine Hausfrau. Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß Nationalsozialisten und Zentrum die beste Mischung darstellen; sie ist beim Zentrum nicht so in die Augen fallend, da die Partei selbst ja erheblich kleiner ist. Die Kommunisten sind in der Hauptsache eine Arbeiterpartei. Bei den Sozialdemokraten überwiegt die Zahl der Beamten und Parteifunktionäre.

Im übrigen spielen zur Zeit nicht die Änderungen der Grenzlinie zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus die Hauptrolle — denn sie sind einstweilen nur geringfügig —, sondern die Änderungen der Grenzlinie, die zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus verläuft. Hier ist es so, daß die kommunistische Partei der Sozialdemokratie in der letzten Zeit etwa 20 Proz. der Wähler weggenommen hat. Und die Kommunisten müssen sich wohl auch noch für die nächste Zukunft große Erfolge versprechen; denn sonst würden sie nicht den Vorschlag Breitscheids in so scharfer Form abgelehnt haben.

Die „rote Fahne“, das führende Blatt der Kommunisten, betonte gestern mit allem Nachdruck, „daß nicht der Faschismus, sondern die Sozialdemokratie der Hauptfeind der Partei“ sei. Der Beschluß des Zentralkomitees gegen den individuellen Terror sei nicht gefaßt worden, um Wels und Breitscheid einen Gefallen zu erweisen, sondern um alle Fehler und Dummheiten auszumerzen, die daran hindern, den vernichtenden Stoß gegen die Partei der Wels und Breitscheid zu führen. Die Stellungnahme gegen alle opportunistischen Abweichungen und terroristischen Abenteuer bedeute kein Abschwächen, sondern die allerstärkste, rücksichtsloseste und erbitterteste Verschärfung des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus und seine Stütze, die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie müsse politisch geschlagen werden, damit die deutsche Arbeiterklasse frei werde, damit der Faschismus vernichtet werden kann. Die Sozialdemokratie sei der Hauptfeind im Proletariat.“

### Wozu Auslandsware?

Die Bevorzugung der Auslandsware ist trotz aller bösen Erfahrungen, die wir damit machen, ein Erbteil der Deutschen geblieben. Gewiß können wir nicht auf alle landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Auslandes verzichten, aber dennoch sollte ihr Verbrauch einer strengen Kontrolle unterworfen sein. So führen wir französische Seiden und kosmetische Mittel ein, ohne zu bedenken, daß diese Artikel in unserem Vaterlande in derselben Qualität hergestellt werden. Wir führen französische Weine ein, obwohl wir wissen, daß die deutschen Weinbauern keinen Absatz für ihre Ware finden. Ähnlich steht es mit der Einfuhr von Früchten und Gemüsen, die wir bei intensiver Kultur und rationellem Betrieb in ausreichender Menge im eigenen Lande herstellen könnten. Eine Ausnahme bilden die eigentlichen Sektweine. Bevor jemand Genussmittel ausländischer Herkunft kauft, sollte er sich ernstlich fragen, ob er nicht durch heimische Erzeugnisse seinen Bedarf decken kann.

Wir haben schon oben die Weine erwähnt. Im Jahre 1929 wurde an Wein aus dem Auslande 115 381 Tonnen bezogen, während unsere Ausfuhr sich nur auf 6456 Tonnen beschränkt. Noch bedeutender ist die Einfuhr von Kaffee, die 148 383 Tonnen betrug im Werte von annähernd 380 Millionen Reichsmark. Wesentlich geringer ist die Einfuhr von Tee mit 5771 Tonnen im Werte von 25,4 Millionen Reichsmark. Das sind Ziffern, die wir uns immer wieder vergegenwärtigen müssen. Wie mit dem Wein, so steht es ähnlich auch mit dem Bier. Obwohl das Bier weit und breit als das deutsche Nationalgetränk geschätzt wird, ist ihm dennoch in den tschechischen Bieren, namentlich dem Pilsener, ein aufdringlicher Konkurrent erwachsen. Die Biereinfuhr betrug im Jahre 1929 33 420 Tonnen, davon kamen allein aus der nicht gerade deutschfreundlichen Tschechoslowakei 32 973 Tonnen. Das ist in Anbetracht der Notlage des deutschen Brauerverwes eine nicht unbeträchtliche Menge. Auch beim Bier kennzeichnet sich die in vielen Kreisen herrschende Vorliebe für ausländische Erzeugnisse, für die es keine Entschädigung gibt. Gerade die deutschen Biere sind so vielfach abgestimmt, daß sie jedem Geschmack gerecht werden. Was für alle Konsumenten von Auslandsware gilt, gilt daher auch für den Biertrinker; er lasse sich nicht durch marktfeindliche Klänge dazu verführen, in Fällen, wo der Bedarf durch heimische Erzeugnisse gedeckt ist, zur Auslandsware zu greifen.

### Zeitschriftenbau

Die November-Ausgabe der Heimatzeitschrift „Badnerland-Schwarzwaldbild“ hat sich in Inhalt und Aussehen der Jahreszeit entsprechend auf den Winter im Badnerland, auf Winterport und Winterkuren, eingestellt. Bilder aus allen Teilen des Landes, lebendig und eindrucksvoll wie ein Sportfilm, zeigen die weißen Halden zwischen dunklen Tannenwäldern und die schneebedeckten Hänge an mächtigen Schwarzwaldbergen und lassen den Wunsch entstehen, die Bretter anzuschlagen und über die stiebende Fläche zu fliegen, um die Weihnachtstannen selbst zu sehen und Gesundheit und Kraft in der klaren Frische der winterlichen Höhenluft zu trinken. Der Einleitungsartikel zählt in bunter Reihe die hauptsächlichsten Winterportorte Badens, ihre Verkehrsverbindungen und besonderen Eigenarten auf. Von erster Arbeit in Zeilen der Not für den Fremdenverkehr, einem wichtigen Teil der badischen Wirtschaft, spricht ein Bericht über die Landesausstellung des Badischen Verkehrsverbandes in Baden-Baden. Die Zeitbilder bringen amüsante Aufnahmen aus dem Skisportleben, aus Schwarzwalder Dorfschulen, von Trachtenträgern, vom Heidelberger Schloß auf der deutschen Wohlhabensmarke usw. Ein Silberpreisrätsel gibt den Lesern die Möglichkeit, den Badischen Kalender für 1932 zu gewinnen. dessen stimmungsvolles Titelblatt, die Reproduktion eines Gemäldes „Schwarzwalder Hühnerhändler“, Aufnahme in der November-Ausgabe der Zeitschrift gefunden hat. Das Heft kann gegen Portofree als Probenummer vom Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, Karlstr. 10, bezogen werden.

## Dilbilfe durch Notverordnung Sicherung der Ernte — Landwirtschaftliche Entschädigung — Moratorium

Der Reichspräsident hat eine Notverordnung zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschädigung im Osthilfsgebiet erlassen.

Es wird im Osthilfsgebiet ein besonderes Sicherungsverfahren durchgeführt. Der Eigentümer, Pächter oder Nießbraucher eines land- forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebes, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, kann die Eröffnung eines Sicherungsverfahrens bei der unteren Verwaltungsbehörde beantragen. Den gleichen Antrag kann auch ein Gläubiger stellen, der ein berechtigtes Interesse an einer gesicherten Fortführung eines ihm verschuldeten Betriebes nachweist.

Die Anträge werden dem Kommissar für die Osthilfe (Landstelle) vorgelegt, der über die Eröffnung des Sicherungsverfahrens entscheidet. Der Antrag muß bis zum 31. Dezember bei der zuständigen Stelle eingegangen sein.

Die Sicherungsstelle hat nach Eröffnung des Verfahrens unverzüglich einen Treuhänder zu bestellen, der während der Dauer des Verfahrens die Aufsicht über den Betrieb ausübt. Ist das Sicherungsverfahren eröffnet, dann sind Zwangsvollstreckungen gegen den Betriebsinhaber wegen Geldforderungen sowie zur Herausgabe von Zusehör usw. der dem Betrieb dienenden Grundstücke unzulässig.

Aber auch die Verwertung verpfändeter oder zur Sicherung überzweiter Gegenstände oder die Verfügung über verpfändete oder zur Sicherung abgetretene Forderungen ist unzulässig. Vernachlässigt der Betriebsinhaber bei der Führung des Betriebes die Pflichten eines ordentlichen Landwirts oder verstoßt er gegen Vorschriften der Verordnung, dann kann die Sicherungsstelle bei dem Amtsgericht die Zwangsverwaltung zur Sicherung der Durchführung des Verfahrens beantragen.

Die Betriebseinnahmen sind zunächst zur Bezahlung der Löhne und Sozialversicherungsbeiträge, für Sicherung der notwendigen Bedürfnisse des Betriebsinhabers zu verwenden. Darüber hinaus verfügbare Mittel sind zur Bezahlung der laufenden Verbindlichkeiten zu verwenden.

§ 18 erklärt, daß der im Laufe des Entschuldigungsverfahrens aufgestellte Entschuldigungsplan zu seiner Wirksamkeit der Befähigung durch die Landstelle bedarf. Für persönliche Forderungen, Stundungen, kann der Entschuldigungsplan den Erlaß von Zinsrückständen sowie die Verminderung des Zinsfußes für die Zeit während und nach Abschluß des Verfahrens bestimmen. Eine Herabsetzung des Forderungsbetrages selbst darf nur so weit vorgenommen werden, als sie notwendig ist, um mit dem Verschuldungsverfahrens verfolgten Zweck zu erreichen.

### Die Freiheit der Presse

Die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Presse hat sich mit der durch die Notverordnungen herbeigeführten Beschränkung der Pressefreiheit beschäftigt. Sie protestiert dagegen, daß auf Grund der Notverordnungen Eingriffe in die Freiheit der Presse vorgenommen werden, die über den Zweck der Verordnungen, politische Ausschreitungen zu bekämpfen, weit hinausgehen. Die Notverordnungen dürfen nicht dazu führen, den Begriff eines strafbaren Tatbestandes bei Publikationen so weit auszudehnen, daß das Recht der Meinungsfreiheit auf das Empfindliche eingeschränkt wird. Die Arbeitsgemeinschaft der Württembergischen Presse fordert daher, daß die Rechtsunsicherheit beseitigt wird, die durch die Notverordnungen und ihre Handhabung eingeleitet ist.

### Kurze Nachrichten

**Reichshilfe für Kinderzuchtvereinigungen.** Infolge der besorgniserregenden Lage der Kinderzuchtvereinigungen, deren Fortbestand infolge der Wirtschaftslage gefährdet ist, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beschlossen, den von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft anerkannten Vereinigungen eine größere Beihilfe zur Verfügung zu stellen, damit sie während der jetzigen Zeit größter Not weiterhin ihre Aufgaben erfüllen und ihre Einrichtungen und ihr Judmatierial erhalten können. Die Mittel werden nach der Zahl der eingetragenen Kinder auf die einzelnen Organisationen durch die Landesvereinigungen verteilt.

**In der südbayerischen Textilindustrie** hat der Arbeitgeberverband beschlossen, den Arbeitern durch Anschlag bekanntzugeben, daß ab 6. Dezember nur noch zu Löhnen gearbeitet werden könne, die 16 Prozent unter den jetzigen liegen. Durch diese Maßnahme werden circa 23 000 Textilarbeiter betroffen.

**Die Löhne an der Ruhr.** In den Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaften und den Bergarbeiterverbänden wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Schlichtungsverhandlungen finden voraussichtlich am 23. November statt.

**2,5 Milliarden Reichsbahnvermögen.** Von dem Gesamtvermögen der Deutschen Reichsbahn in Höhe von 2,5 Milliarden Reichsmark entfallen 7,5 Proz. auf Grundbesitz, 25,3 Proz. auf Bahnlörper und Zusehör, 13,5 Proz. auf Bahnhöfe, 18,5 Proz. auf Fahrzeuge, 2,5 Proz. auf Wertstätten und 22,7 Proz. auf Gleisanlagen.

**163 Millionen Einwohner in Sowjetrußland.** Nach der „Ekononitscheskaja Schisnj“ zählt die Sowjetunion gegenwärtig 163 Millionen Einwohner, gegenüber 157,7 Millionen im Jahre 1930. Die Zahl der Stadtbevölkerung beträgt davon 33,2 Millionen.

**Graf Romanones Verteidiger Alfonso XII.** Graf Romanones erklärte, er werde in dem Verfahren gegen den König, das auf der im spanischen Parlament überreichten Anklage aufgebaut ist, die Verteidigung des Königs übernehmen.

**Einrichtungen in der Ukraine.** Wie verlautet, hat die ukrainische GPK vier aus Polen stammende Ukrainer wegen Teilnahme an einer nationalsozialistischen sowjetfeindlichen Verschwörung zum Tode verurteilt und hingerichtet lassen.

### Kleine Chronik

Ein in Koblenz-Lügel bei seinem Bruder, einem Bäckermeister, und seiner Mutter wohnender Kraftfahrer tötete am Mittwochabend seinen Bruder durch einen Kopfschuß, dann schoß er seiner Mutter in den Mund und verletzete seine Schwägerin durch einen Schuß, der Wirbelsäule, Lunge und Herz traf, lebensgefährlich. Der Täter brachte sich dann selbst einen lebensgefährlichen Kopfschuß bei. In der Familie bestanden Erbchaftsstreitigkeiten, die wohl auch den Grund zu der Bluttat gebildet haben werden.

In der Station Eger (Tschechoslowakei) stieß am Mittwoch um 18 Uhr eine schwere Schnellzuglokomotive auf einen vollbesetzten Personenzug auf. Drei Wagen wurden beschädigt. Vier Reisende wurden schwer und 16 leicht verletzt.

Auf einem chinesischen Flugmotorschiff auf dem Jangtsekiang brach infolge einer Explosion ein Brand aus. 14 Personen kamen dabei ums Leben.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Zusammentritt des Plenums am 24. November

Der Landständische Ausschuss hat heute vormittag eine etwa einstündige Sitzung abgehalten. Der Abg. Hofheinz (Staatspartei) erstattete Bericht über den Domänengrundstock, der Abg. Seubert (Zentr.) über den Repräsentationsfonds und die Amortisationskasse, der Abg. Rüdert (Sozdem.) über die Eisenbahnschuldenentlastungskasse. Die Berichte wurden zur Kenntnis genommen und bezüglich der Badischen Bauernbank beschlossen, die Angelegenheit nach der bedingungslosen Rückgabe der Bürgschaft für erledigt zu erklären.

Danach tagte der Vertrauensmännerausschuss. Man kam überein, den Vormittag des 24. November für Fraktionsitzungen frei zu lassen und die erste Plenarsitzung am Nachmittag abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidiums und der Ausschüsse, sodann die Entgegennahme der Berichte über den Domänengrundstock und die Amortisationskasse.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung tritt das Haus nochmals zusammen zur Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters. Das Amt des Staatspräsidenten wird wohl erneut dem Justizminister Dr. Schmitt übertragen werden. — Bereits für den 23. November haben einige Fraktionen und Gruppen Sitzungen angefeht.

#### Verein für Jugendhülfe, Gerichtshilfe und Gefangenenerförmung

Der Karlsruher Bezirksverein veröffentlicht ein Verbeblatt über seine Tätigkeit, das mit nachstehenden zwei Beispielen beginnt:

Ein 19jähriger Burche erscheint auf der Geschäftsstelle der Gefangenenerförmung und gibt an: „Ich bin das Kind einer zahlreichen Familie. Als ich in meiner Heimat noch jahrelanger Bemühungen keine Arbeit fand, habe ich mich auf Wandererschaft begeben. Von der Fremde erhoffte ich bessere Arbeitsmöglichkeiten. Gegen den Winter wurde das Dasein auf der Landstraße immer schlimmer. In letzter äußerer und innerer Not ließ ich mich durch Hunger und „gute Freunde“ zu einem Diebstahl verleiten, der mir eine Gefängnisstrafe von mehreren Monaten einbrachte. Ich schämte mich, meinen Eltern darüber zu schreiben und versuchte mein Glück wieder auf der Landstraße. Doch es ging nur weiter bergab. Es muß jetzt anders werden. Helfen Sie mir!“

Er wird in das Übergangshaus für Straftateneingekerkert, bis seine Eltern sich mit seiner Rückkehr ins Vaterland einverstanden erklären. Er erhält einen Gutschein für eine Fahrkarte und etwas Zehrgeld. Er freut sich, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen.

Frau J trägt vor: „Mein Mann verbringt im Landesgefängnis Mannheim eine längere Strafe. Ich habe vier Kinder, mit denen ich mit der Unterstützung des Fürsorgeamts knapp durchkomme. Jede Nebenausgabe ist mir aber unendlich. Vom letzten Unterstützungsbeitrag habe ich für den Herd eine Ration von 3 RM bezahlt, sonst wäre er weggefallen worden. Mein Mann schreibt mir aus der Haft verzweifelte Briefe, ich solle ihn besuchen. Woher soll ich das Geld nehmen?“

Frau J erhält zum Ausgleich der Ausgaben für den Herd einen Lebensmittelschein und einen Gutschein für eine Fahrkarte nach Mannheim und zurück.

Diese beiden Beispiele werden als Beweis dafür angesehen, daß eine besondere Fürsorge für die Gefangenen, Entlassenen und ihre Angehörigen notwendig ist. Folgen der Freiheitsstrafe, die dem Strafzweck nicht entsprechen, sollen verhütet oder wieder beseitigt werden.

Die badischen Bezirksvereine für Jugendhülfe, Gerichtshilfe und Gefangenenerförmung widmen sich dieser Arbeit schon hundert Jahre. Sie halten dabei enge Fühlung mit der öffentlichen Fürsorge, den Arbeitsämtern und den freien Vereinigungen für Wohlfahrtspflege. Diese Arbeitsgemeinschaft verhilft Doppelarbeit, mißbräuchliche Inanspruchnahme und macht es möglich, daß die Eigenart des zu betreuenden Personenzweiges überall in der notwendigen Weise berücksichtigt wird.

Aus dem Tätigkeitsbericht 1930/31: Zahl der unterstützten Personen und Familien 1109, Gesamtzahl der Unterstützungsfälle 1450. Vergeld wird nur in geringem Umfang und wenn nicht vermeidbar bewilligt. Im übrigen werden Lebensmittelscheine und Gutscheine für Fahrkarten ausgeben; es wird die Miete unmittelbar bezahlt, es werden Pfandstücke ausgelöst, die Unterbringung in einem Heim oder die Vermittlung einer Arbeitsstelle durch das Arbeitsamt veranlaßt. Neben der Gefangenenerförmung befaßt sich der Verein in allerdings geringerem Umfang mit Jugendhülfe (Jugendgerichtshilfe, Nachfürsorge) und mit Gerichtshilfe für Erwachsene (im besondern Schulausfichten).

Jugendhülfe und Gerichtshilfe erfordern keine finanziellen Aufwendungen, in reichem Maße dagegen die Gefangenenerförmung. Im Jahre 1930/31 hat der Verein z. B. für Fürsorgezwecke über 3600 RM. ausgegeben. Seine Einnahmen bestanden in der Hauptsache aus einem erheblichen Zuschuß der Stadt Karlsruhe und aus den Mitgliedsbeiträgen. Der städtische Zuschuß mußte in diesem Jahre auf beinahe die Hälfte herabgesetzt werden. Es wird deshalb an alle Mitglieder die herzliche und dringende Bitte gerichtet, dem Verein auch in der gegenwärtigen schweren Zeit die Treue zu bewahren. Wer nicht Mitglied ist, möge prüfen, ob er nicht gegen einen bescheidenen Jahresbeitrag — mindestens 1 RM. — Mitglied werden kann. Auch der letzte Pfennig an Mitgliedsbeiträgen und Spenden wird den Fürsorgezwecken zugeführt. Beiträge und Spenden werden auf der Geschäftsstelle, Karlsruhe, Riefstraße 9, im Gefängnis I, Adamiestrasse 4 oder im Übergangshaus, Göttesdauers Straße 37, entgegengenommen. Postfachkonto Nr. 29651.

#### Mannheimer Gasenarbeiter

##### lehnen den Schiedsspruch ab

Eine stark besuchte Versammlung der Gasenarbeiter von Mannheim-Ludwigsbafen lehnte den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der eine sechsprozentige Lohnsenkung vorschlug, einstimmig ab. Weiter beschloß die Versammlung, falls keine Aufhebung des Schiedspruches erfolgt, die Arbeit einzustellen. Damit ist mit der Ausdehnung des Gasenarbeiterstreiks in Duisburg-Nordort auch auf Mannheim-Ludwigsbafen zu rechnen. Der Schlichter hat die Parteien von Amts wegen zu Nachverhandlungen für den heutigen Donnerstag nach Karlsruhe eingeladen.

Lohnabbau in Transport- und Bergbau. Die Arbeitgeber des badisch-pfälzischen Transport- und Bergbau-



werbes haben wiederum ab 1. November eine Herabsetzung des seit herigen Gehaltens für Kraftfahrer über 21 Jahre von 47,35 RM auf 42,80 RM, pro Woche vorgenommen. Die Arbeitnehmer haben gegen diese Lohnherabsetzung protestiert und das Schiedsgericht angerufen.

### Jubiläum Dr. Gugelmeiers

Vor kurzem waren es 25 Jahre, seit der Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Edwin Gugelmeier in leitender Stellung im Kommunal- bzw. Sparkassendienst steht.

Gugelmeier stand von 1906 bis 1927 zunächst als Bürgermeister und später als Oberbürgermeister ununterbrochen an der Spitze der Stadt Lörrach, deren Geschichte er in muster-gültiger und umsichtiger Weise auch in den schweren Jahren der Kriegs- und Nachkriegszeit geleitet hat. Als sichtbares Zeichen der Dankbarkeit hat ihm der Stadtrat Lörrach bei seinem Weggang das Ehrenbürgerrecht verliehen. Im Jahre 1927 ist Herr Dr. Gugelmeier dem an ihn ergangenen Ruf, die Präsidentenschaft des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes zu übernehmen, gefolgt. Als ein Mann von großem politischem und wirtschaftlichem Weitblick hat er auch in seinem neuen Wirkungsfeld eine rege Tätigkeit zur Förderung des Sparkassendienstes und damit zum Wohle der Allgemeinheit entfaltet. Besonders seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Sommer d. J. sind außerordentliche Anforderungen an seine Arbeitskraft gestellt worden.

In ungebeugter Frische und Gesundheit steht Dr. Gugelmeier als 52jähriger inmitten seiner vielfältigen und dem Gemeinwohl dienenden Arbeit als Sparkassenführer. Die zahlreichen Erfolge, die sein kommunalpolitisches und Sparkassenwirtschaftliches Schaffen aufzuweisen hat, sind unvergängliche Marksteine eines im Kleinen wie im Großen ganz der Sorge um das Wohl des Volkes gewidmeten Lebens. In seiner bescheidenen Art hat er den Tag, an dem er auf eine 25jährige Tätigkeit in leitender Stellung im öffentlichen Dienste zurückblicken konnte, stillschweigend vorübergehen lassen. Die uneingeschränkte allgemeine Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit wird ihm sicherlich der schönste Lohn für die aufgewendete Mühe und Arbeit sein.

### Der evangelische Landes-Vuß- und Bettag

Der evangelische Landes-Vuß- und Bettag steht in Baden unter besonderem staatlichen Schutz durch die landesherrliche Verordnung vom 18. Juni 1892 „die weltliche Feier der Sonn- und Feiertage betreffend“, und zwar in ihrem § 7. Danach ist in den Gemeinden, in denen die evangelische Konfession Pfarrrechte besitzt, die Veranstaltung von öffentlichen Aufzügen, Musikführungen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schauspielen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten während des ganzen Vuß- und Bettages untersagt. Die zuständige Polizeibehörde kann aber für die Zeit von 3 Uhr nachmittags an die Erlaubnis für die Veranstaltung von Musik- und Theateraufführungen geben, wenn es sich dabei um ernste Musik und Theaterstücke ersten Ranges handelt. Zu den Veranstaltungen von öffentlichen Aufzügen und Schauspielen gehören auch Turn- und Sportfeste, soweit sie ganz oder teilweise sich in der Öffentlichkeit abspielen. Demzufolge ruhen am Vußtag die sonntäglichen Fußball-Wettspiele.

### Tagungen

**Süddeutsche Handwerkskammerkonferenz.** Die Süddeutsche Handwerkskammerkonferenz, die zur Zusammenkunft sämtlicher süddeutscher Handwerkskammern darstellt, hat sich in ihrer jüngsten in Würzburg stattgefundenen Sitzung mit der gesamten Wirtschaft, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik befaßt. In der Aussprache wurde erklärt, der staatliche und wirtschaftliche Zusammenbruch könne nur vermieden werden, wenn in unmittelbarer aktuellen Entschlossenheit das Vertrauen, die lebensnotwendige Voraussetzung jeglicher Wirtschaft, wiederhergestellt werde. Dazu bedürfe es einer raschen und gezielten, einmütigen Durchführung der deutschen Wirtschaft auf ihre Grundgesetze, ihre Befreiung von privater und öffentlicher Zwangswirtschaft und vom Subventionismus, und endlich der aufrichtigen Wiederherstellung des Privateigentums. In der Frage des Wohnungs- und Siedlungs-wesens lehnte die Konferenz u. a. die Maßnahmen ab, die sich auf die vorläufige Handhabung von Erwerbslosen beziehen. Hinsichtlich des Gewerbesteuerertrages werden die Länderregierungen ersucht, beim Reichsfinanzministerium die Erhöhung des Termins bis auf weiteres, insbesondere für die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu beantragen. Ferner wird dringend gewünscht, daß den Ländern die Möglichkeit gegeben werde, eine Filialgewerbesteuer einzuführen.

### Aus der Landeshauptstadt

**Altlieder- usw. Sammlung der Rotgemeinschaft.** Der erste Sammeltag der Rotgemeinschaft an gebrauchten Kleidern, Mänteln, Schuhen und Hausat hat ein recht günstiges Ergebnis gehabt. Die Sammlung wird am Freitag, den 20. d. M., fortgesetzt, und zwar wird die Sammelkolonne 1 in den Straßen und Häusern tätig sein, die zwischen Kaiserstraße, Karlstraße, Kriegsstraße und Karl-Friedrich-Strasse liegen. Die Sammelkolonne 2 wird dagegen ihr Tätigkeitsfeld in den Bezirken zwischen Kaiserstraße, Kapellenstraße, Kriegsstraße und Karl-Friedrich-Strasse verfolgen.

**Vom Badischen Landestheater.** Der Ballettmeister Harald Josef Fürttenau ist — wie mitgeteilt wird — aus dem Verdienst des Badischen Landestheaters ausgeschieden. Nachdem er unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand um sofortige Auflösung seines Vertrags gebeten hat, ist ihm diese bewilligt worden.

**Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten an Maria Empfängnis (8. Dezember).** In diesem Jahr wird anlässlich Maria Empfängnis der zwischen dem 6. und 8. Dezember liegende Montag in die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten einbezogen. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten also zur Einfahrt vom 5. Dezember, 12 Uhr, bis 8. Dezember, zur Rückfahrt vom 5. bis zum 9. Dezember, 9 Uhr. Die Rückfahrt muß am 9. Dezember spätestens um 9 Uhr angetreten und darf nach 9 Uhr nicht mehr unterbrochen werden.

**Badisches Landestheater.** Robert Neumann, der Verfasser der „Dachstuhl-Komödie“, die am Samstag, dem 21. November, unter der Spielleitung von Felix Baumbach zum erstenmal in Szene geht, hat an den Proben zu seinem Stück selbst teilgenommen und wird auch seiner Aufführung hier beiwohnen. — Die männliche Hauptrolle des „Nord-Oberstern“ wird Alfons Klose spielen, während Melanie Ermarth und Lola Ewig in den weiblichen Doppelrollen der „Frau Maxwella-Millic“ und der „Miß Parker-Fräulein Rippstuh“ auftreten werden. Andere wichtige Figuren werden durch die Damen Eberhard und Krämer und die Herren Brand, Dahlen, Damen Scherz, Raul und Hans Müller, Fräulein und von der Trend verkörpert. — Lorsten Secht führte die Bühnenbilder aus.

**Wetterbericht der Lab. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen:** Über England verdrängt neuerdings eine atlantische Zyklone nach dem Kontinent vorzudringen. Sie verstärkt dabei zunächst die Luftzufuhr aus Westen über unsern Gebiet. Es wird daher noch kalt bleiben. Voraussage: Fortdauer der bestehenden, zeitweise bewölkten und trockenen Witterung, Nachfröste.

**Wasserstände:** Waldshut 206 plus 2, Basel 9 plus 1, Schutterinsel 60 minus 3, Rheinweiler 164 plus 2, Rehl 213 unverändert, Maxau 378 minus 4, Mannheim 255 minus 3, Caub festl.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Der Offenburger Mordprozeß

Offenburg, 18. Nov. Vor dem Schwurgericht Offenburg begann heute der Prozeß gegen das Landwirts- und Hausiererehepaar Schütt und den Dienstknecht Wiederecht, sämtlich aus Freistadt, die gemeinsam des Mordes angeklagt sind. Auf der Anklagebank sitzen der hiesige Geist dieser Familien-tragödie, der 27 Jahre alte Dienstknecht Karl Wiederecht, die 35 Jahre alte Landwirtshefrau Sophie Schütt geb. Rapp und der 41 Jahre alte Christian David Schütt. Sämtliche Angeklagten haben in der Voruntersuchung ein umfangreiches Geständnis abgelegt.

Im Jahre 1908 starb der Vater des Angeklagten Schütt und setzte seine Frau und seinen einzigen Sohn zu gleichen Teilen als Erben ein, wobei der Sohn die Landwirtschaft, die Mutter das Haus erhielt. 1921 heiratete Schütt seine mitangeklagte Ehefrau. Der Ehe entsprossen fünf Kinder, von denen eines gestorben ist. Zwischen Schwiegermutter und Schwiegertochter bestand von Anfang an ein gespanntes Verhältnis. Im Jahre 1930 wurde der Knecht Karl Wiederecht eingestellt. Für die sozialen Verhältnisse bezeichnend war, daß die Eheleute Schütt, zwei ihrer Kinder und der Dienstknecht Wiederecht in einem Raum zusammen schliefen. Wiederecht trat bald in intime Beziehungen zu Frau Schütt, was von dem Ehemann gebüdet wurde. Im Jahre 1930 beabsichtigte Schütt, dessen Landwirtschaft sehr zurückgegangen war und der deshalb einen Hausier- und Wollhandel betrieb, sich im Allgäu anzukaufen. Seine Mutter sollte die Mittel dazu durch die Aufnahme einer Hypothek auf ihr Grundstück beschaffen. Die Kaufverhandlungen wurden von Wiederecht und Schütt gemeinsam geführt. Die Mutter weigerte sich aber und im Juli wurde ihr schließlich mit der Ermordung gedroht, wenn sie nicht in die Herabgabe der Hypothek einwilligte. Schließlich sagten die drei den Plan, die alte Frau Schütt beiseite zu schaffen. In Rehl wurden Schlaftabletten besorgt, die der alten Frau in der Zeit vom 12. bis zum 16. Juli 1931 verabreicht wurden. Als die Mittel nicht wirkten, wurde beschloffen, die Frau zu erlösen. Zu diesem Zweck stopfte ihr die Schwiegertochter ein Taschentuch in den Mund und Wappstücken in die Nase, während der Knecht die alte Frau festhielt. Auch der Sohn der Ermordeten nahm daran teil. Der Knecht hielt der im Bett liegenden Frau mit einem weiteren Taschentuch den Mund solange zu, bis der Tod durch Erstickung eingetreten war.

Die Angeklagten sind im wesentlichen geständig. Der Ehemann trat der Behauptung seiner Frau entgegen, ihr gesagt zu haben, sie solle die Mutter erlösen. Die Frau bleibt bei ihrer Aussage. Auf Befragen erklärt die Angeklagte, sie habe die Anträge des Knechts Wiederecht nicht abgewiesen, weil sie ja vom Bezirksarzt Dr. Weß sich habe sterilisieren lassen. Der Angeklagte Dienstknecht Wiederecht gab zu, daß die Tat von Anfang an von allen drei gemeinschaftlich beabsichtigt war. Er selbst habe bei der Erstickung der Frau Schütt geholfen, er wolle es nur mal probieren, ob er es besser könne. Man müsse etwas derartiges rasch machen, damit keine Spuren von Erstickungstod zurückbleiben. Als Motiv der Tat gibt er an, daß ihm ein Viertel der Summe, die man von Frau Schütt ermarkte, versprochen worden sei. Der Sachverständige, Prof. Dr. Schwarzacher, Heidelberg, erklärt, daß die Tabletten an und für sich den Tod nicht herbeiführen hätten. Die getöte Frau Schütt, die dadurch in einen dauernden Dämmerzustand geriet, hätte sich wohl wieder erholen können, aber durch die Erstickung sei zweifellos der Tod herbeigeführt worden.

**Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 69 vom 18. November** enthält eine Verordnung des Ministers des Innern über den Besitz von Hieb- und Stoßwaffen betr. das „Eis-Dreilant-Stilet“, deren Inhalt bereits veröffentlicht wurde.

Offenburg, 17. Nov. Heute früh gegen 5 Uhr bemerkten Vorübergehende in der Höhe des Wasserturnes eine Gatenkreuzfahne, die an einem Telephonmast, der vom Wasserturn zum Fürstenberg-Häuserblock führte, befestigt war. Auf Veranlassung der Polizei verjagte die Berufsfeuerwehr, die Fahne zu entfernen, doch reichte die lange Leiter nicht bis zu der Höhe von 30 Meter. Es wurde deshalb an eine lange Stange eine Fackel gesteckt und die Fahne verbrannt.

Offenburg, 19. Nov. Über das Vermögen der Part-hotel G. m. b. H. ist jetzt das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet worden. Es wird ein Moratorium angestrebt. Vergleichstermin: 10. Dezember.

Offenburg, 18. Nov. Bei Waghäusel durchführte gestern nachmittags ein Motorradfahrer aus Kirchbach in schärfstem Tempo die Bahnstraße in dem Augenblick, als gerade ein Güterzug die Straße passierte hatte. Durch den heftigen Anprall schnellte die Schranke in die Höhe, und dem an der Kurve stehenden Bahnwärter Hoffmann drang der Drehhebel in den Leib. Der schwerverletzte Beamte wurde ins Karlsruher Krankenhaus gebracht. Der Motorradfahrer kam mit heiler Haut davon.

Offenburg, 18. Nov. Die Vorgänge, die zum Konflikt der Spar- und Darlehenkasse Lehen-Begehäusen geführt haben, werden ihre strafgerichtliche Erledigung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Freiburg finden. Der Prozeß, der mindestens eine Woche in Anspruch nehmen wird, wird voraussichtlich anfangs nächsten Jahres zur Durchführung kommen.

Offenburg, 18. Nov. Montag nacht kam es an der Straßenkreuzung Untertortstraße-Waldnerstraße zwischen etwa 35 Mitgliedern der Kommunistischen Partei und einigen Angehörigen der Nationalsozialisten zu einer Schlägerei, bei der Holztrüffel und Schlagwerkzeuge eine Rolle spielten. Die Teilnehmer einiger Häuser wurden eingeschlagen, und erst nach längerer Zeit, als die Polizei erschien, war die Ruhe wieder hergestellt. Nach Zeugnisaussagen soll auch geschossen worden sein, doch hat niemand Schußverletzungen davongetragen.

Offenburg, 18. Nov. Eine schwere Bluttat hat sich heute nachmittags in Konstanz ereignet. Der 27jährige Ausländer Oswald aus dem benachbarten Schweizerjenseits Ort Kreuzlingen gab in einem hiesigen Geschäft auf seine frühere Braut, die 22 Jahre alte Elsa Biler, mehrere Revolverschläge ab, durch die das Mädchen schwer verletzt wurde. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Der Täter beging Selbstmord durch Kopfschuß. Die Biler hatte das Verhältnis mit Oswald vor längerer Zeit gelöst.

### Gemeinderendebatten

#### Die Finanzlage der Gemeinden

Die vom Gemeinderat Hohenheim abgelehnte Einführung der dreifachen Bürgersteuer, der doppelten Biersteuer und der 10prozentigen Getränkesteuer ist jetzt vom Bürgermeister auf Grund der badischen Notverordnung im Verwaltungswege verfügt worden.

Der Gemeinderat Rauensberg bei Wiesloch hat in mehreren Sitzungen den Voranschlag für 1931/32 abgelehnt, weil in ihm die Einführung der Bürgersteuer im anderthalbfachen Landes-satz vorgesehen war. Er wurde dem Bezirksamt Wiesloch zur Zwangsfestsetzung vorgelegt, bevor die neue Haushaltsnotverordnung erlassen war. Nach Prüfung des Voranschlags wurde er nunmehr mit folgenden Umlagesätzen zwangsweise festgelegt: Grundvermögen 125, Betriebsvermögen 48 und Gewerbeertrag 897 Pf. Den Haushaltsentnahmen von 61 991 RM. stehen 101 756 RM. Ausgaben gegenüber. Außer den angegebenen Umlagesätzen kommen noch die Bier- und Bürgersteuer zur Erhebung.

In Ettlingen ist ein Fehlbetrag von 105 200 RM zu bedenken, was die Verdreifachung der Bürgersteuer, die Verdoppelung der Gemeindebiersteuer und die Einführung einer 10prozentigen Getränkesteuer notwendig macht. Diese Maßnahmen sind vom Bürgermeister angeordnet worden, wogegen der Gemeinderat Einspruch bei der Staatsaufsichtsbehörde erhoben hat. Mit den vorgeschlagenen Ersparnissen von 41 000 RM in den städtischen Betrieben und Schulen erklärte sich der Gemeinderat einverstanden.

In der letzten Gemeinderatsitzung in Neustadt i. Schw. hat der Bürgermeister zur Deckung des Fehlbetrags im Haushalt 1931/32 in Höhe von mutmaßlich 24—26 000 RM, soweit vorhandene Rücklagen nicht verwendbar sind, die doppelte Bürgersteuer und vom 1. Dezember ab die Getränkesteuer in Vorschlag gebracht. — Die Befolgung der städtischen Beamten soll laut Notverordnung der Befolgung der Landesbeamten angepaßt werden. Der Gemeinderat sagte den Beschluß, die zur Verfügung stehenden Gelder der Stadt und des Elektrizitätswerkes in einen einzigen Schuldentilgungsfonds zusammenzufassen.

**Bürgermeisterwahlen.** In einer vertraulichen Besprechung befaßte sich der Bürgerausschuß Waldshut mit der Frage der Neubesetzung des seit etwa Jahresfrist verwaisten Bürgermeistertopfes. Der bisherige Bürgermeister Dr. Forster war auf seinen Antrag hin im Dezember 1930 in den einmütigen Ruhestand versetzt worden. Der Stadtrat hat nunmehr beschlossen, eine Neuwahl im Januar 1932 vorzunehmen und auf das Angebot des bisherigen Bürgermeisters, den Bürgermeisterdienst wieder aufzunehmen, angesichts der vorliegenden Verhältnisse zu verzichten. — Der neugewählte Bürgermeister von Hohenheim heißt nicht Betsch, sondern Fetsch.

**Erhebung von Getränksteuermarken** geschwidrig. Zwischen den Gastwirten in Weinheim und der Stadtverwaltung ist vor einiger Zeit ein Streit darüber ausgebrochen, ob die vom Gemeinderat Weinheim beschlossene Verpflichtung der Gastwirte zur Erhebung von Steuermarken gesetzlich berechtigt ist. In diesen Tagen hat das Amtsgericht Weinheim im Einpruchsverfahren einige Gastwirte von Weinheim, denen Strafbefehle zugestellt worden waren, die Erhebung von Steuermarken für geschwidrig erklärt. Der Badische Gastwirteverband schreibt hierzu, er stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Steuermarkensystem keine rechtliche Grundlage hat und infolgedessen aus diesen Erwägungen allein heraus abzulehnen sei.

**60 Jahre Schwöbinger Verkehrsverein.** Der Verkehrsverein Schwöbinger kann auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand am Samstagabend im „Falken“ ein besonderer Festakt statt, wobei der Ehrenbürger der Stadt Schwöbinger, Ministerialrat Prof. Dr. Girsch, einen Vortrag über das Schwöbinger Schloß hielt. Im Verlage von Albert Koch ist eine besondere Jubiläumsschrift erschienen.

**Späte Gemeinderatswahl.** Nachdem in Rohrbach (bei Sinsheim) der erste Wahlgang durch das Ministerium des Innern für ungültig erklärt worden war, wurde am Sonntag der zweite Wahlgang vorgenommen. Es erhielten die Nationale Bewegung zwei, der Bürgerblock drei, das Zentrum einen Sitz. Die Wahlbeteiligung betrug 88 Prozent.

**Gegen die Eingemeindungen.** Der Gemeinderat Ettlingen lehnte eine Eingemeindung der Orte Oberweier, Schöllbrunn und Speispart mit der Begründung ab, daß hierdurch keine Lastenentlastung und somit auch keine Vorteile für die Gemeindeglieder erreicht werden können.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	19. November		17. November	
	Geld	Werte	Geld	Werte
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	86.91	87.09	88.91	88.89
Italien 100 L.	21.71	21.76	21.69	21.73
London 1 Pf.	15.83	15.87	15.94	15.98
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.49	16.53	16.52	16.56
Schweiz 100 Fr.	81.92	82.08	82.07	82.23
Wien 100 Schilling	58.94	58.06	58.94	59.06
Prag 100 Kr.	12.468	12.488	12.468	12.488

**Forderungen des Einzelhandels.** Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Karlsruhe hielt kürzlich eine Sitzung ab, in der Vizepräsident Adolf Wilfer über die diesjährige Herbsttagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels berichtete. Er stellte dabei fest, daß sich der Einzelhandel seinen Aufgaben durchaus gewachsen zeige, und daß vor allem auch der badische Einzelhandel seine Kreise auf allen Gebieten, namentlich für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, verbilligt habe, soweit ihm dies nur irgend möglich war, vielfach sogar unter Verzicht auf Deckung der Selbstkosten. Man bedauere deshalb um so mehr, daß vor kurzem in irreführender Weise Behauptungen über bevorstehende Preisentlastungen der Reichsregierung verbreitet wurden, die geeignet waren, auf die Gestaltung des Weihnachtsgeschäftes nachteilig einzuwirken und im Publikum eine unbegründete Kaufzurückhaltung herbeizuführen. Der Referent unterstrich dann als Forderungen des Einzelhandels die Beseitigung der Gebäude-sondersteuer, Abschaffung von schematischen Überpannungen des Tarifgebaltens, Verbesserung der Kreditversorgung des Einzelhandels und Errichtung von Güte- und Gutachterstellen zwecks Herabsetzung überhöhter Ladenmieten bei langfristigen Verträgen.

**Die oberheinischen Handelskammern für Beibehaltung des Ausfuhrzollsystems.** Die Handelskammer Mannheim hat zugleich namens der Handelskammern Worms, Mainz, Ludwigshafen und Heidelberg sowie des Vorstandes der Mannheimer Produktentörse und der Süddeutschen Mühlenvereini-gung G. m. b. H. Mannheim, gegen einen Antrag der Vereinigten Schleifischen Mühlenverbände Stellung genommen, der



dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Außerordentliches des Ausfuhrsystems nahegelegt. In der Eingabe heißt es u. a.: „Das Ausfuhrsystem hat sich bewährt. Seine Einführung lag in landwirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Interesse. Wenn in gewissen Grenzbezirken den Mühlen das Rohmaterial verteuert wird, so kann dies unmöglich dazu führen, die Grenzen des gesamten Reiches erneut zu sperren. Reichspolitik kann nur in allgemeinem Interesse, nicht jedoch im Interesse lokal begrenzter Gebiete betrieben werden.“

**S. Weis & Söhne, Schuhfabrik, Mastatt.** Die Hypothekengläubiger, die Inhaber der Grundschuldbriefe und sämtliche beteiligten Banken, die insgesamt über 1,5 Millionen Reichsmark Ausfallforderungen angemeldet hatten, haben sich mit einer quotenmäßigen Auszahlung im Betrage von etwa 175 000 Reichsmark einverstanden erklärt, was eine sehr erhebliche Verbesserung der Quote der am Verfahren beteiligten übrigen Gläubiger bedeutet, die etwa 2 Millionen Reichsmark Forderungen angemeldet haben. Es besteht nunmehr nach der „Neuen Bad. Landesztg.“ die Möglichkeit, daß die verwertbaren Aktien mit Ausnahme der Grundstücke und des Zubehörs, die mit 1,24 Millionen Reichsmark der Höhe der Belastungen aufgenommen sind, verkauft werden können, und zwar zu einem Preis von 450 000 M. Der Käufer, eine Aktiengesellschaft, deren Namen aber nicht angegeben wird, ist bis zum 30. November an ihr Angebot gebunden, sie muß den Beweis erbringen, daß ihr mindestens 100 000 M. neue Mittel bei der Bezirksparlatte Mastatt zur Verfügung stehen. Die Verwertung erfolgt unter Mitwirkung des Gläubigerausschusses und der Vertrauenspersonen, denen sämtliche Vermögenswerte als Treuhänder übergeben werden. Forderungen bis zu 100 M. werden drei Monate nach Zustandekommen des Vergleichs voll bezahlt, bis zu 2500 M. Erhaltung während derselben Zeit 30 Proz., alsdann werden die übrigen Gläubiger im Verhältnis zu ihren Forderungen befriedigt, und zwar werden jeweils 5 Proz. aus der Verwertung der genannten Vermögenswerte ausgeschüttet. Der Gläubigerausschuß nimmt an, daß auf diese Weise mit einer Quote von 15 Proz. gerechnet werden könne. Bekanntlich ist die Überschuldung in dem Status zur Zeit der Zahlungseinstellung mit rund 1,5 Millionen Reichsmark angegeben worden.

### Staatsanzeiger

Nach den Mitteilungen der Bezirksämter waren am 16. November 1931 im Lande Baden versucht:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal Heidelberg	Bruchsal, Kirchzell, Heidelberg, Kirchheim, Heidelberg-Rohrbach, Dörsenheim-Schwabenheim, Lampenbain, Rühlloch, Sandhausen, St. Jgen
Karlsruhe Lorrach Rannheim	Söllingen, Weil a. Rh., Rannheim - Sandhofen, Rannheim - Sedenheim, Rannheim-Strahlenheim, Brühl, Edingen, Sodenheim, Lodenburg, Neulohheim, Schwesingen
Mastatt Sinsheim	Baden-Baden (West), Eppelbach, Eichelbach, Reichartshausen, Zuzenhausen, Heddesheim, Laudenbach
Weinheim Wiesloch	Wiesloch, Baiertal, Dielheim, Malsch, Rauenberg, Rotenberg, St. Leon, Schatthausen, Walldorf
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr Rannheim	Langenwinkel, Ringsheim, Rannheim - Wallstadt, Edingen, Schwesingen
Necklitz Sinsheim Weinheim	Rohrbach, Sinsheim, Heddesheim
Milchbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Lahr, Kippenheim
	Badisches Statistisches Landesamt.

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:  
In dem Ruhestand tritt kraft Gesetzes:  
Oberdomänenrat Theodor Gast in Baden-Baden.

**Besehung des Kreisbezirks Sinsheim.**  
Die Stelle des Kammermeisters im Kreisbezirk Sinsheim ist neu zu besetzen. Der Kreisbezirk (Sinsheim) umfaßt sämtliche Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Sinsheim mit Ausnahme der Gemeinden Eichelbach, Michelsfeld, Gichtersheim und Waldangeloch, die zum Kreisbezirk Wiesloch II gehören. Bewerbungen sind unter Anschluß der in § 7 der Kammerverordnung vorgeschriebenen Belege innerhalb 4 Wochen hierher einzureichen. R. 713  
Sinsheim, den 17. November 1931.  
Badisches Bezirksamt.

**Auszug aus der Gewinnliste der 45. Bayerischen Roten Kreuz-Lotterie**  
für die in Baden zugelassenen Lose.  
Nr. 10 054 Gutschein i. B. v. 5 M.; Nr. 10 213 Gutschein i. B. v. 5 M.; Nr. 42 312 eine Nähmaschine 220 M.; Nr. 139 184 Gutschein i. B. v. 5 M.; Nr. 206 910 Gutschein i. B. v. 40 M.; Nr. 332 814 Gutschein i. B. v. 40 M.; Nr. 332 949 Gutschein i. B. v. 5 M.  
Seriengewinne i. B. v. 4 M. fielen auf jedes Los mit den Endnummern 049, 289, 661, 756, 872.  
Seriengewinne i. B. v. 3 M. fielen auf jedes Los mit den Endnummern 29 und 79.  
Auf Wunsch werden sämtliche Gewinne in bar mit 90% ausbezahlt.

R. 714. Bruchsal. Ueber das Vermögen der Firma Georg Schmitt Nachfolger Max Wien in Bruchsal, Inhaber Max Wien in

### Literarische Neuerscheinungen

**Lila zu Pulitz: Aus dem Bilderfaal meines Lebens.** (Kochler & Amelang, Leipzig 1931. 31. Gangl. 6,50 M.) — Es ist ein reicher Bilderfaal, der sich in diesen Erinnerungen einer alt-preussischen Aristokratin, Tochter und Schwester der bekannten Karlsruher und Stuttgarter Theaterintendanten, vor uns auftut. Sie ist eine begabte Porträtistin der Feder, diese Edle Herrin zu Pulitz; ihre Vertrautheit in höfischen wie in Künstlerkreisen, ihre Liebe zu fernem Ländern wie zur heimatischen Scholle geben Gelegenheit, diese Kunst vielseitig und abwechslungsreich anzuwenden. Ob sie ihre Elternhaus in Karlsruhe oder im märkischen Rebin, ob sie die Großen dieser Welt, ob Fürsten des Geistes oder der Kunst schildert, immer weiß sie mit einigen wenigen Strichen das Charakteristische hervorzuheben, dem Leser ein einprägsames und farbenprächtiges Bild vor Augen zu führen. Enge freundschaftliche Beziehungen verbanden sie vor allem mit der Königin Viktoria von Schweden und deren Mutter, der Großherzogin Luise von Baden, Tochter Kaiser Wilhelms I., mit dem Hohenzollernhause und der Gesamtheit des märkischen Adels. Sie ist eine typische Vertreterin preussischer Junkertums, die bei aller Schönheit ferner Länder, die bei dem an Kunst und Anregungen so reichen Karlsruher Leben nie von der Sehnsucht nach der heimischen Prignitz, nach märkischem Sand und märkischer Kiefern frei wird, die über Weltkrieg und Inflation hinweg sich heute noch als Vertreterin altpreussischer Tradition fühlt.

**Waldemar Bonfels: Tage der Kindheit** (Verlag Illstein, Berlin. Preis: Br. 3,50 M., Ggl. 5 M.) — Seltener wird ein Dichter aufrichtiger und liebenswürdiger sein, als es Waldemar Bonfels in seinem Buch „Tage der Kindheit“ (Verlag Illstein, Berlin) ist. In dieser Erzählung wird alles Literarische nebenfächlich, und wenn Bonfels von seinen Kindertagen spricht, tauchen die Gestalten und Erinnerungen an diese Welt rein und frisch empor, vermitteln dem Leser unwillkürlich Teilnahme und Freude des Miterlebens. Ein freundlich geordnetes Vaterhaus in hellen Farben entzückt vor uns, mit des Dichters Schwester Anni, die er ebenso bezaubernd schildert: „Klug und freundlich, wie die meisten Leute, die nicht um ihre Wirkung auf andere besorgt sind, sondern die andere auf sich wirken lassen“, dabei ziemlich ungezogen und zu jeder Teufelei zu haben, wenn sie sie nicht selbst aushebt. Um sie, um Anni, gruppieren sich alle Ereignisse: sie ist dabei und maßgebend, ob nun der Kanarienvogel in der Kaufhalle gefangen oder der Goldfisch mit Kognak getränkt oder ob das herrliche Spiel mit den angebundenen Paketchen getrieben wird. — Kinder und Erwachsene werden Vergnügen an Tante Eufarestie haben und Freundschaft und Verehrung für diese unpathetischen großzügigen Eltern, die zwar scheinbar im Gedankenkreis der Kinder hinter allen Streichen und Spielen zurücktreten, in Wahrheit aber die feste Basis und den leuchtenden Hintergrund dieser empfindungsreichen Jugend schaffen. Was uns an dem Buch nicht gefallen hat, das ist die Grausamkeit, mit der hier die Tiere von den Kindern behandelt werden. Und nirgendwo findet sich ein Wort der Verurteilung und des Tadelns.

**S. Mortimer Batten: „Tiere begegnen uns“.** (Tiernovellen. 27 Zeichnungen von Warwick Kennolds. Übersetzt von Erica Ammon-Hohenlohe. Das Tier und sein Schicksal Bd. I. 182 Seiten, in Reinen 5,50 M., Drell Fühl Verlag, Zürich und Leipzig.) — Mit diesem Bande beginnt im Drell Fühl Verlag, Zürich und Leipzig, eine Reihe von Tiergeschichten ganz eigener Art zu erscheinen. Das Tier ist hier nicht durch die romantisch-sehnsüchtige Brille des Stadtmenschen gesehen, es wird nicht umgedeutet, was für einen Zauber hat dieses in sich geschlossene Dasein: Selbstherlich waltet hier die Natur, und ohne Auflehnung, ohne Klagen fügt sich jedes Wesen in ihre großen, unentrindbaren Gesetze. Gleich S. Mortimer Batten, der Verfasser des ersten Bandes, bekannter Zoologe und Tierchriftsteller, dessen Mutter schon früh seine Liebe für die Tierwelt mit feinstem Verständnis förderte und pflegte, bleibt sich immer der unüberbrückbaren, uralten Kluft zwischen Mensch und Tier bewußt. Er spürt mit allen Sinnen das heimliche furchende Leben des Waldes, das Treiben im Wasser und in der Luft, in Garten, Moor und Geisels. Nichts entgeht ihm, selbst wenn aller Tageslärm abgebebt ist, empfindet er noch eine letzte Andeutung von Bewegung, das leiseste Regen, obwohl scheinbar alles schläft. Wir können das Buch bestens empfehlen.

**Tony Schumacher.** Ein Lebensbild. Von Anne Rooschütz. (88 Seiten mit vier Einheitsbildern auf Kunstdruckpapier. Geb. 1,50 M., Duell-Verlag der G. Gesellschaft, Stuttgart.) — Wer Tony Schumacher kannte oder ihre schönen Erinnerungsbücher kennt, der wird dies neue Büchlein dankbar als eine notwendige biographische Vollenendung empfinden und sich darin aus dem bewegten Leben einer deutschen Erzählerin berichten lassen.

**Paul Oskar Söder: „Den Dritten heirat ich einmal“.** Roman. (Verlag Scherl, Berlin.) (Gesheft 3,50 M., Gangleinen 5,50 M.) — Im Knabenheim zum „Hingenden Fies“ bilden drei Jungen, die alle einmal zur See gehen wollen, eine treue Kameradschaft, spielen Seeräuber, Griechenhelden und Indianer — und die heikunkämpfte Frau ist Lilo, ein blondes frisches Mädel, das gut zu den Jungen paßt. Das Leben reißt die vier auseinander. Sie entwickeln sich nach sehr verschiedenen Richtungen, und als sich ihre Wege wieder kreuzen, hält die alte Kameradschaft nicht mehr; sie finden sich als Rivalen im Berufsleben und um Lilo. In diesem

Kampf zeigen sie ihr wahres Wesen: der schöne und selbstbewußte, aber weder garfühlende noch kluge Bill, der Intrigant Arndt und der stille, aber tiefempfindende und zuverlässige Richard. Ihnen allen überlegen ist Lilo selbst, die mit zarten, aber sicheren Händen ihr eigenes Schicksal und das ihrer Angehörigen, zuletzt das ihrer Bewerber in die Hand nimmt und der allein der glückliche Ausgang zu verdanken ist. — Deutsches Seemannsleben und sizilianisches Kleinbürgertum vereinigten sich zu einem bunten Hintergrund für die spannende Handlung.

„Die Mär von Benggries“ von Max Rohrer, illustriert von R. Michel, mit einem Vorwort „Hilfe den Lebenden“, von Dr. Reinhold Siegrist, Karlsruhe 1931. — Der Deutsche Schefelbund legt seinen Mitgliedern im Jahre 1931 als 7. Gabe zum erstenmal eine bisher nicht veröffentlichte Arbeit eines jungen Erzählers vor, wozu Dr. Siegrist in seinem Vorwort erklärt, daß so die Haltung des Menschen Schefel fortgesetzt werde, der seine ringenden Zeitgenossen, soweit er sie als echte Strebende erkannte, entgegen aller Zeit-Mode-Kritik gestützt und gefördert habe. — Rohrer's „Mär von Benggries“ ist eine Erzählung aus dem österreichischen Erbfolgekrieg, als Habsburg auf neue seine Hand nach den bayerischen Stammländern ausgedehnt hatte und die berüchtigten Panduren wiederum den schlimmsten Terror gegen das bayerische Volk ausübten, der 1705 zu dem blutigen Bauernaufstand und der Nordweihnacht von Senfing bei München geführt hatte. Die grausigen Ereignisse von 1705 klingen in der in dichterischer Prosa und in altertümlicher, aber leicht lesbare Sprache gehaltenen Erzählung nach, die damit endet, daß die Toten ihren Gräbern entfliegen und ihre schwerbedrängte Heimat, den alten Markt Benggries im Nartal erretten.

**V. Traven: „Die Baumwollpflücker“.** Roman. (In Reinen 5 M., Univeritas Deutsche Verlags-Ges. Berlin W 50.) — Der neue Roman Travens, „Die Baumwollpflücker“, bringt die einfache Geschichte eines amerikanischen Arbeiters, der in Mexiko von den Farmen zur Stadt, aus den Städten über Land zieht und jede Arbeitsmöglichkeit ergreift, die sich ihm bietet. Er ist Baumwollpflücker, Bäcker, Kellner, Viehtreiber, Bagabund und organisierter Arbeiter zugleich. Diese Abenteuer, ein Niederschlag von Travens eigenem Erleben, sind wieder durchdrungen von seinem Menschlichkeitsgefühl, getragen von seiner Kenntnis Mexikos; zugleich aber ist dieses Buch ein ungewöhnlich stimmvolles, manchmal fast lyrisches Werk; und der eigentümliche Humor Travens, der auch diesen Roman wieder durchleuchtet, macht ihn zu einem hinreißenden Epos der Lebensfreude.

**Köhlers Flotten-Kalender.** 5326 Menschenleben sind seit Begründung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger durch deren Küstenrettungsdienst dem Meere entrissen worden. So lesen wir in dem neuen Jahrgang 1932 des in aller Welt bekannten Köhlerschen illustrierten Flotten-Kalenders (W. Köhler Verlag, Minden i. B.), der in atemberaubender Reichhaltigkeit des Inhalts und in einer, wenn möglich, wiederum verbesserten Ausstattung soeben erschienen ist. Auch heute, wo Technik und größtmögliche Sicherheit die Schifffahrt beherrschen, hat die Seefahrt den Anreiz der Abenteuerlichen und Romantischen nicht verloren. So erklärt es sich, daß Spannung und Kennzeichen aller der prächtigen See-Erzählungen bildet, die der neue Jahrgang des Köhlerschen Flotten-Kalenders, von Künstlerhand illustriert, in reicher Fülle bietet. Der Preis des über 300 Seiten starken Kalenders beträgt 1,80 M.

**Köhlers Kolonial-Kalender.** Einen sehr beachtenswerten Beitrag zu dem brennendsten Problem unserer Zeit, der Arbeitslosenfrage, gibt Dr. F. Kühner, Eisenach, im Leitartikel des soeben erschienenen Köhlerschen illustrierten Kolonial-Kalenders für 1932 (W. Köhler Verlag, Minden i. B.). Die Vorschläge Dr. Kühners für zielbewusste koloniale Siedlungspolitik stellen eine Ergänzung der jüngsten Siedlungspläne des Reichsfinanzministers dar und sind infolgedessen ganz besonders aktuell. Im Vordergrund stehen natürlich, wie immer in diesem vielseitigen und abwechslungsreichen Kalender, die unterhaltenden Beiträge, spannende, reich illustrierte Erzählungen aus Urwald und Steppe, aus Asch und Dschungel, kühne Forscher erzählen von abenteuerlichen Erlebnissen unter schwarzen, braunen und gelben Menschen, von Regentänzen und Tigerjagden, von Menschenfressern und Menschenaffen, von Leoparden und Schlangen, von Geheimnissen in Zentral-Afrika, von aufregenden Jagd- und Kriegsfahrten in allen 5 Erdteilen.

**Die Urke Noah.** Ein Jugendjahrbuch. 184 Seiten mit über 300 schwarzen und farbigen Abbildungen. (Verlag Kehlhorn & Klasing, Bielefeld und Leipzig.) Preis 3,50 M.) — Dies Buch erweckt schon beim ersten Durchblättern den Eindruck: mannigfaltig, farbig, unterhaltend und lustig. Damit sind die Grundbedingungen für ein gutes Jugendbuch für Kinder zwischen 7 und 14 Jahren gegeben. Sieht man dann näher zu, so entdeckt man, daß diese Urke Noah wahrhaft Schätze geladen hat: gute Erzählungen, sehr viel Beliebiges, ohne dabei langweilig zu dozieren; Anregungen für Bastarbeiten, Spiele, Handwörterliche, Mäde in Tier- und Pflanzenwelt usw.; dazwischen ist immer wieder guter Humor eingestreut, so daß das Kind sich nach der spielend beigebrachten Erweiterung seines Gesichtskreises sofort wieder lachend erholen kann.

handlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den 11. Dezember 1931, vorm. 10 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 1. Stod. Zimmer 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle Zimmer 15, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 18. November 1931. Bad. Amtsgericht IV.

R. 715. Bruchsal. Ueber das Vermögen der Firma Ludwig Bäring, Manufakturwaren in Bruchsal wurde am 18. November 1931, mittags 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Verbandsdirektor Leopold Steinel in Karlsruhe, Bad. Handelshof, ist zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den 11. Dezember 1931, vorm. 10 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 1. Stod. Zimmer 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle Zimmer 15, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 18. November 1931. Bad. Amtsgericht IV.



**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 20. Nov. 1931  
\* F 9 (Freiqaumiete)  
Tb. - Gem. 701-800  
Neu einstudiert  
**Hänjel und Gretel**  
Märchenpiel von Humperdind

Dirigent: Schwarz  
Regie: Pruscha  
Mitwirkende:  
Fanz, Frischbach, Habertorn, Seiberlich, Winter, Löfer  
Hierauf:  
Neu einstudiert  
**Die Puppenfee**  
Ballett von Joseph Bayer  
Dirigent: Reilberth  
Spielleitung: Kuhlmann  
Mitwirkende:  
F. Kilian, Kratzer, Kuhlmann, Seiling, Tübach, Ralmbach, Bindemann, Luther, S. Müller, Nagel, S. Rivinius, J. Sonntag  
das Ballett, die Kinderballettschule  
Anfang 20 Ende 22 1/2  
Preise C (0,90-4,90 M.)  
Sa. 21. 11. Uraufführung:  
„Hochstabler - Komödie“.  
Sa. 22. 11. Don Giovanni.“  
Im Konzerthaus: keine Vorstellung.

**WINTER**  
**1931**  
**1932**

wir wollen helfen!

Mach Dir und andern Freude,  
gib zur Winternothilfe!